



Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen

---

Landtag NRW • Hendrik Schmitz • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

An die Mitglieder der  
CDU-Landesgruppe NRW  
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
z.H. Herrn Peter Hintze MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Düsseldorf im August 2014

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Bundestagskolleginnen und –kollegen aus NRW,

wir – das sind fünfzehn CDU-Abgeordnete des Landtags NRW, die ihren Wahlkreis entlang bzw. in der Nähe der deutschen Westgrenze haben – möchten Ihnen anlässlich Ihrer Ende August stattfindenden Klausurtagung gerne unsere Sorgen und Befürchtungen bezüglich der jüngst vorgestellten Mautpläne in Form einer Infrastrukturabgabe auf alle deutschen Straßen übermitteln.

Nordrhein-Westfalen ist – auch bedingt durch seine Historie als Landwirtschafts-, Industrie- und Bergbaustandort – von jeher ein Anziehungspunkt für Arbeiter und Fachkräfte aus seinen Nachbarländern.

Die europäische Idee der Freizügigkeit, des freien Personen-, Waren- und Güterverkehrs, fußt dabei nicht zuletzt auch auf den schon vor dem „Schengener Abkommen“ gewonnenen Erfahrungen des „Europas im Kleinen“, des kleinen Grenzverkehrs in den Euregionen entlang der Grenze mit den Niederlanden oder Belgien.

Für die Bürgerinnen und Bürger in unseren Regionen ist es schon lange eine Selbstverständlichkeit, Wohn-, Arbeits-, Freizeit- und Einkaufsstätten ohne wesentliche Berücksichtigung der Staatsgrenze zu wählen. Grenzen in den Köpfen gibt es hier glücklicherweise nicht mehr.

Wir Landtagsabgeordnete, genau wie Sie im Bundestag, setzen uns schon lange für weniger bürokratische Hindernisse bei der Besteuerung und bei der Kommunikation zwischen den Behörden zu beiden Seiten der Grenze ein.

Uns allen geht es seit Jahren um eine Erleichterung des europäischen Alltagslebens in den Grenzgebieten.

Mit großer Sorge müssen wir nunmehr zur Kenntnis nehmen, dass mit der beabsichtigten „Infrastrukturabgabe auf dem deutschen öffentlichen Straßennetz“ diese jahrzehntelangen Bemühungen erheblich konterkariert werden.

Die Abgabe in der vorgestellten Form wirkt dabei gleichsam wie eine Eintrittsgebühr nach Deutschland. Auch der Einzelhandel, die Dienstleister und die Gastronomie werden dies zu spüren bekommen, wenn unsere niederländischen Nachbarn sich fragen, wie oft sie in einem Jahr wirklich zum Einkaufen oder zur Freizeitgestaltung zu uns kommen und ob sich dafür der Kauf einer Vignette lohnt.



Der Dienstleistungs- und öffentliche Nahverkehr könnte die Mehrbelastung zudem an seine Kunden weitergeben.

Nicht finanziell beziffern lassen sich aber vor allem die Auswirkungen des psychologischen Aspekts dieser Abgabe. Sie führt zu einer Distanzierung zwischen den Staatsbevölkerungen. Das Europa im Kleinen zeichnet sich mittlerweile entlang der Grenzen durch ein Gemeinschaftsgefühl aus. Ein gemeinsamer grenzüberschreitender Arbeits- und Ausbildungsraum ist entstanden. Ein Zurück zum „Die“ und „Wir“ ist uneuropäisch und schadet der Weiterentwicklung unserer Grenzregionen nachhaltig.

Sollte es tatsächlich keine rechtlichen Bedenken hinsichtlich des vorgestellten Konzeptes geben, so ist absehbar, dass unsere Nachbarländer mit ähnlichen Abgabemodellen nachziehen werden. Für die deutsche Grenzbevölkerung bedeutet eine niederländische Maut analog zu den Planungen in Deutschland eine zusätzliche finanzielle Belastung. Dies kommt einem Schritt zurück in das Europa der Zollabgaben und Schlagbäume gleich.

Die Unterzeichner dieses Schreiben erkennen an, dass bei der Finanzierung der deutschen Straßeninfrastruktur sicherlich langfristig neue Möglichkeiten eruiert werden müssen. Auch sehen wir, dass Deutschland durch seine geografische Lage eine hohe Belastung durch den Güter- und Reisetrafficverkehr widerfährt. Hier wurde mit der LKW-Maut ein erster Schritt zur Beteiligung an den durch Transit entstehenden Kosten gegangen.

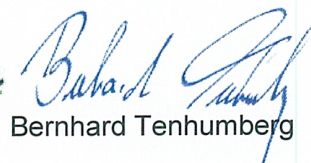
Hier gilt es also abzuwägen, ob die noch nicht feststehenden Einnahmenvorteile der Abgabe im richtigen Verhältnis zur Störung der Wirtschaftsstandorte, des Wachstumsprozesses und des Alltagslebens in den Grenzregionen und Euregionen stehen.

Wir bitten Sie daher nachdrücklich, sich für eine Veränderung des vom BMVI vorgestellten Konzeptes einzusetzen und sich zumindest für eine Ausnahmeregelung für grenznahe Kreise und Euregionen stark zu machen.

Mit freundlichen Grüßen

  
Hendrik Schmitz

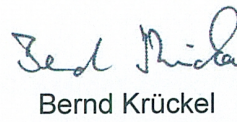
  
Hendrik Wüst

  
Bernhard Tenhumberg

  
Klaus Vossemer

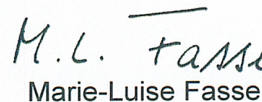
  
Dr. Stefan Berger

  
Dr. Markus Optendrenk

  
Bernd Krüchel

  
Dr. Gerd Hachen

  
Josef Wirtz

  
Marie-Luise Fasse

  
Margret Voßeler

  
Axel Wirtz

  
Christina Schulze Föcking

  
Dr. Günther Bergmann

  
Rolf Seel